

Grün, grün, grün ...

Darum lieb' ich alles, was so grün ist

„Die Grenzen der Belastbarkeit durch Zuwanderung sind überschritten. Ein subjektives Recht auf Asylgewährung wird die EU nicht akzeptieren.“ (Otto Schily in der Zeit vom 28. Oktober 99)

Ob in der Frage um die Doppelte Staatsbürgerschaft oder das Recht auf Asyl - die SPD hat die CDU längst rechts eingeholt und droht jetzt mit der Abschiebung der ersten Kosovo-Albaner noch in diesem Jahr. Über eine weitere Verschärfung des Asylrechts wird nicht nur nachgedacht, sondern auf Länderebene mit der CDU verhandelt. Und die Grünen? Die schauen dabei zu.

DIE GRÜNEN AUF DEM WEG INS NÄCHSTE JAHRTAUSEND

Einwanderungsgesetz, Abschiebestopps, Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung und geschlechtsspezifischer Fluchtgründe, Rückbau des bundesdeutschen Grenzregimes, all diese Forderungen, die die Grünen über zwanzig Jahre lang - zumindest auf dem Papier - auszeichneten, sind seit dem Regierungsantritt vor einem Jahr obsolet geworden. Da mag die Bundestags-Fraktionsvorsitzende der Grünen, Kerstin Müller, noch so sehr versuchen, die Reste

des Asylrechts zu verteidigen. Die Aussage, „die Grünen werden in dieser Flüchtlingsfrage weiter klare Worte sprechen, wir werden uns weiter dafür einsetzen, daß das Asylrecht nicht weiter ausgehöhlt wird“, muß angesichts der von den Grünen mit betriebenen AusländerInnenpolitik als hohle Phrase entlarvt werden. Noch vor einem Jahr waren die Grünen laut ihrem Parteiprogramm mit dem Ziel angetreten, das demontierte Asylrecht wiederherzustellen. Jetzt geht

es offiziell nurmehr darum, den Status Quo zu halten.

Doch auch in dieser Frage hat der große Koalitionspartner, die Sozialdemokratie, ganz andere Pläne. Noch in den letzten Tagen hatte Innenminister Schily angekündigt, daß es „eine neue Asyldebatte“ geben wird, da es seiner Ansicht nach nicht sein kann, „daß jede Wohltat, die wir einem Menschen zuwenden, einklagbar sein muß“. In dieser Frage knüpft der ehemalige RAF-Anwalt asyl- und ausländerpolitisch nicht nur an die Forderung seines CDU-Vorgängers Manfred Kanther an, sondern repetiert wortlautgetreu den rassistischen Jargon des bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) aus der Asyl-Debatte 1993. Wiederum kein Grund für die Grünen, eine andere Position zu beziehen und ein Zerwürfnis mit ihrem Koalitionspartner zu riskieren. Statt dessen beschränken sie sich darauf, den „linken Rand“ ihrer WählerInnenenschaft zu beruhigen und den (richtigen!) Eindruck zu erschüttern, absolut alles mit sich machen zu lassen, indem sie an Schily appellieren, endlich „einzulenken“. Die Frage bleibt nur, was



Allesschlucker

Angesichts ihrer Forderungen nach schwulen Soldaten, der Befürwortung des Kosovo-Krieges, der Diffamierung jeglicher alternativer und emanzipatorischer Politikansätze und nicht zuletzt wegen des hartnäckigen Bestehens auf einem wie auch immer ausgestalteten, „Homo-Ehe“ genannten, Konstrukt repräsentieren exponierte Schwulenpolitiker und -verbandsfunktionäre nur mehr eine weitere Untergruppe innerhalb der Neuen Mitte, mit einem durch sexuelle Vorliebe bestimmten Partikularinteresse.

Schließlich vertritt der nur scheinbar außerhalb der Neuen Mitte agierende und, was Öffentlichkeitsarbeit angeht, überaus aktive Teil der bundesdeutschen Schwulenbewegung schwule und, eher selten, lesbische StaatsbürgerInnen, die mit antikapitalistischen, antirassistischen und sexuellemanzipatorischen Ansätzen und Zielen lieber nichts zu tun haben wollen. Die Rückwärts-

gewandtheit des „Lesben- und Schwulenverband in Deutschland“ (LSVD) und des grünen Bundestagsabgeordneten Volker Beck, beide lautstarke Vertreter schwuler Meinung, offenbart sich auch in der Forderung nach der Homo-Ehe, die letztlich die Ausweitung der Privilegien einer bürgerlichen Ehe auf Schwule und Lesben bedeutet.

Daß damit alle anderen Ansätze in der Lebens-

formenpolitik, die früher teilweise noch im Parteiprogramm der Grünen zu finden waren, über Bord geworfen, und ein nicht unerheblicher Teil der Bemühungen aus der Frauenbewegung, die Ehe als Instrument gezielter Unterdrückung von Frauen abzuschaffen, mit niedergemacht werden, wird billigend in Kauf genommen. Eine solche Antidiskriminierungspolitik, bar jeder systemoppositionellen Position, macht die Schwulenbewegung natürlich zum begierig um Einlaß bettelnden Kandidaten für rotgrüne Integrationspolitik.

LÄNGST ETABLIERT

Durch verschiedenste Drohgebärden soll verschleiert werden, daß die Integrati-

on ins Projekt Neue Mitte bereits willig vollzogen und nicht allzu leicht rückgängig zu machen ist. Solche Drohungen stellten z.B. jüngst Artikel im prominenten Schwulenblatt *Queer* dar, die Volker Beck oder Herta Däubler-Gmelin zu Engagement in Sachen Homo-Ehe drängen sollten. Sie gehen in Richtung Neue Mitte nicht nur ins Leere, sondern stellen vielmehr ein nicht unwichtiges Merkmal rotgrüner Konsensfähigkeit dar. Indem PolitikerInnen der Grünen und Teile der SPD Partikularinteressen wie Atomausstieg, Entkriminalisierung des Drogenkonsums und Homo-Ehe offen artikulieren und vertreten, binden sie hinter diesen Interessen stehende (WählerInnen-)

Gruppen an die Neue Mitte.

SCHRÖDER WAR'S

Die Schuld für gescheiterte Vorhaben wird bequem auf die anscheinend übermächtige Koalitionspartnerin SPD und deren Frontmann Schröder geschoben, auf der eigenen Seite wird Diskussions- und Einigungsbereitschaft zur Schau gestellt. Dieses Hickhack suggeriert einen gesellschaftlichen Konsens, dem selbst eine so rückschrittliche Gruppe wie die bürgerliche Schwulenbewegung nicht ausweichen kann, da dieser Konsens alle Strömungen, die damit nicht vereinnahmt werden können, als wegen ihrer Radikalität nicht bündnisfähig erscheinen läßt.